

JÖRGES



Hans-Ulrich Jörges,
Der *stern*-Kolumnist schreibt
jede Woche an dieser Stelle

ZWISCHENRUF AUS BERLIN

RAUBZUG DURCH DIE RENTE

Die Ungerechtigkeit schreit zum Himmel:
Fast ein Fünftel der Betriebsrenten geht an die
Krankenkassen. Doch die Politik will es so

Das Unheil trifft seine Opfer zu-
meist unvorbereitet. Schockartig.
Gerade dann, wenn sie sich auf
den Ruhestand freuen und ihrer
Betriebsrente entgegenfiebern.
Etwa, um die letzte Hypothek auf
dem Häuschen abzulösen. Da offenbart ih-
nen die Krankenkasse per Rundschreiben,
dass sie knapp ein Fünftel des stattlichen
Betrags, etwa 18 Prozent, an die Kasse und
die Pflegeversicherung abzuführen haben.
Von 70 000 Euro also rund 12 600. Ein Leben
lang angespart und dann – futsch, ab in
den riesigen, anonymen Topf der Kasse.

Es ist eine himmelschreiende Ungerech-
tigkeit, wohl die größte im deutschen
Sozialstaat, die Betroffene in ohnmäch-
tige Wut versetzt, von der Politik aber
angestrengt beschwiegen wird. Kein
Wahlprogramm verspricht Abhilfe, kein
Wahlkämpfer verliert ein Wort darüber.

Auch Martin Schulz nicht, der Gerech-
tigkeit auf seine Fahne geschrieben hat,
aber mehr als die Rückkehr zur pari-
tätischen Finanzierung der normalen Kas-
senbeiträge nicht verlangt. Ein Klacks im
Vergleich zu dem Raubzug durch die
Betriebsrenten der gern bemühten „hart
arbeitenden Mitte“. Immerhin 60 Prozent
der Beschäftigten haben Aussicht darauf.

Doch der Skandal schlummert still. Seit
2004, als die rot-grüne Koalition die Aus-
plünderung der Altersversorgung be-
schloss. Damals waren mehr als vier Mil-
lionen ohne Job, und die Kassen saßen auf
einem Schuldenberg von acht Milliarden.

Franz Knieps, seinerzeit graue Eminenz
im Gesundheitsministerium von Ulla
Schmidt, erinnert sich, dass es Olaf Scholz
war, dem die fatale Idee kam.



Das Gesetz wurde im Bundestag durch-
gewinkt, und mancher Abgeordnete recht-
fertigte sich später damit, er habe nicht
erkannt, wozu er brav die Hand hob.

Das ist eine Addition von Ungerechtig-
keiten, die ihresgleichen sucht. Denn für
die betriebliche Altersversorgung hatte die
Politik stets getrommelt. Wer ihr folgte,
stellt nun aber entsetzt fest, dass auf Kapi-
talleistungen des Betriebs, einer Direkt-
versicherung, einer Unterstützungs- und
Pensionskasse oder des Versorgungswerks
einer Berufsgruppe der volle Beitragssatz
der Kasse (14,6 Prozent), der Zusatzbeitrag
(meist ein Prozent) und der Pflegebeitrag
(2,55 Prozent) fällig werden. Voll! Ohne
Beteiligung des Arbeitgebers. Das ist bei-
spielloos. Und heißt: Rendite ade.

Fällig wird der Betriebsrenten-Beitrag
zusätzlich zum Beitrag auf die gesetzliche
Rente, versteht sich. Die Schröpfung wird
über zehn Jahre gestreckt – im Regelfall bis
zum 75. Lebensjahr (!) also – und in 120 Mo-
natsraten zerlegt. Alles auf einmal abzuzah-
len ist nicht erlaubt. Wer das möchte, wird
von der Kasse mit dem einfühlbaren Hin-
weis abgewiesen, dann nähme er ja nicht
mehr an künftigen Beitragserhöhungen
teil. Schreck, lass nach!

Gruselig, wenn auch gerichtlich bestä-
tigt wie das gesamte Ausplünderungs-
konstrukt, ist zudem die rückwirkende
Anwendung. Auch wer seinen Vertrag vor
2004 abgeschlossen hat, muss bluten. Und
unterliegt der Pflegeversicherung selbst
dann, wenn es die bei Vertragsbeginn noch
gar nicht gab. Politisch wie sozial noch
haarsträubender: Der Beitragspflicht sind
nur Mitglieder gesetzlicher Kassen unter-
worfen, nicht aber privater. Deren Lobby-
isten haben 2004 aufgepasst. Und wer nach
Rentenbeginn nebenher weiterverdiert,
über die Beitragsbemessungsgrenze von
4350 Euro hinaus, der ist von der Zahlung
befreit. Tut er das sechs Jahre, schrumpft
die Zahlungspflicht auf vier. Großver-
diener sind privilegiert, andere gekniffen.

Die Bundesregierung hat angekündigt,
auf eine Prüfbitte des Bundesrats, dass es
dabei bleiben wird. Auf jährlich 5,3 Milliar-
den Euro sollen die Kassen nicht verzich-
ten. Jens Spahn, Staatssekretär im Finanz-
ministerium und aufgehender Stern der
CDU, erinnert sich zwar, dass auch sein
Vater rasiert wurde und sich aufregte. Das
rührte ihn aber nicht: „Wir können das
nicht rückwirkend einfach abwickeln. Was
würden Sie dann mit den Hunderttausen-
den machen, die bereits gezahlt haben?“
Zynismus eines Pensionsempfängers. ✘